

Antrag	Datum:	10.09.2014
Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft		
Vorsitzende der Fraktionen UFR/FDP, DIE LINKE., CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Rostocker Bund/Graue/Aufbruch 09 Änderung der EntschVO M-V für Ortsteilvertretungen		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
01.10.2014	Bürgerschaft	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gegenüber der Landesregierung auf eine Änderung der Entschädigungsverordnung (EntschVO M-V) bezüglich der Entschädigung für Sitzungen der Ortsbeiräte auf eine Obergrenze von € 40,00 hinzuwirken.

Sachverhalt:

Bei der Neugestaltung der Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Funktionen in der Hansestadt Rostock, wurden in den Vorschlägen der politischen Gremien die Beträge unter Beachtung der Angemessenheit und innerhalb der vorgegebenen Grenzen angehoben. Bei den Mitgliedern der Ortsbeiräte wäre ebenfalls eine Anhebung der Entschädigung verhältnismäßig und notwendig. Der § 14, Abs. 7 der EntschVO M-V, lässt dies in seiner jetzigen Form nicht zu.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

gez. Dr. Dr. Malte Philipp
Fraktion UFR/FDP

gez. Eva-Maria Kröger
Fraktion DIE LINKE

gez. Berthold Majerus
CDU-Fraktion

gez. Dr. Steffen
Wandschneider
Fraktion der SPD

gez. Simone Briese-Finke
Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN

gez. Dr. Sybille Bachmann
Fraktion Rostocker Bund/
Graue/Aufbruch 09